



Gute Arbeit für die Menschen

SPD

Eurokrise - Stand der Dinge

Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben auf dem Gipfeltreffen am 26. Oktober 2011 eine Reihe von Beschlüssen zur Krisenbekämpfung getroffen. Wir haben dazu nach langen Diskussionen und zähen Verhandlungen mit der Regierungskoalition einen interfraktionellen Entschließungsantrag verabschiedet, mit dem wir uns zu unserer Verantwortung für Europa bekennen und zugleich der Bundesregierung Leitlinien für ihre Verhandlungen in Brüssel vorgegeben haben.

Die Ergebnisse des Gipfels sind nicht mehr und nicht weniger als ein Schritt in die richtige Richtung. Ich begrüße den Schuldenschnitt für Griechenland, die Rekapitalisierung von Banken und nicht zuletzt die notwendige Optimierung der für den EFSF eingesetzten Mittel. Seit Monaten haben wir als Bundestagsfraktion dies gefordert. Diese positiven Ansätze dürfen jedoch dreierlei nicht aus dem Blick lassen:

- Erstens kommen sie zu spät, was maßgeblich zur Verschärfung der Krise beigetragen hat.
- Zweitens fußen sie nicht auf einem umfassenden und dringend nötigen Gesamtkonzept zur Krisenbekämpfung und Stabilisierung des Euro.
- Drittens bestehen hinsichtlich der konkreten Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen noch erhebliche Unklarheiten, die es zu beseitigen gilt.

Frühzeitiges und entschlossenes Handeln, vor allem auch der Bundeskanzlerin, hätte eine Eskalation der Krise verhindern und dem Steuerzahler viel Risiko ersparen können. Die entsprechenden Vorschläge dazu haben wir als SPD-Bundestagsfraktion vor Monaten vorgelegt. Sie

sind auch in unseren Anträgen nachzulesen.

Trotz der insgesamt zufriedenstellenden Ergebnisse des Gipfels bleibt weitgehend unklar, welches Gesamtkonzept hinter den Entscheidungen steht.

Der Schuldenschnitt für Griechenland war lange überfällig, die Nicht-Tragfähigkeit der griechischen Schulden war seit Monaten für jeden offen sichtbar. Als Sofortmaßnahme zur Stabilisierung des Gesamtsystems ist dies sicher der richtigste Schritt und als solcher auch zu begrüßen. Ob der Schritt am Ende allerdings wirklich zur Gesundung Griechenlands ausreicht, ist nicht unbedingt klar: Die jetzt anvisierte Schuldenquote von 120% im Jahre 2020 liegt nicht sehr weit unter den 140% bei Krisenausbruch und genau so hoch wie zurzeit in Italien.

Ohne dass das Land parallel auf einen tragfähigen wirtschaftlichen Wachstumspfad gebracht wird, scheint ein Rückfall in die Schuldenfalle trotz des hohen Einsatzes von Rettungsmitteln nicht ausgeschlossen. Das Fehlen dieses Fahrplans für ein gesundes Wachstum im Gesamtpaket der Gipfelbeschlüsse ist deshalb besonders gefährlich.

Liebe Freundinnen und Freunde,

nach wie vor ist die europäische Finanzkrise das Kernthema unserer Debatten in Berlin. Einen aktuellen Stand versuche ich Euch in diesem Abi zu geben. Momentan laufen parallel dazu Verhandlungen, inwieweit der Bundestag in den ganzen Prozess eingebunden wird. Meiner Meinung nach, muss er bei allen Entscheidungen umfassend beteiligt sein.

Euer Achim Barchmann

Die geplanten Maßnahmen zur Rekapitalisierung der Banken sollen Kreditklemmen vorbeugen und vor externen Schocks, etwa durch den Schuldenschnitt Griechenlands, schützen. Die Banken sollen zukünftig Eigenkapital in Höhe von 9% vorhalten und dies vorrangig durch zusätzliche Kapitalaufnahme am Markt erreichen. Nur wo das nicht möglich ist, sollen die Sitzstaaten als drittes Glied in der Kette des EFSF das benötigte Kapital bereitstellen.

Ganz klar ist für uns als SPD-Bundestagsfraktion: Öffentliche Gelder für Banken sind nur dann vertretbar, wenn dem eine strenge Regulierung des Finanzmarktes und eine Beteiligung der Geldhäuser an den von ihnen verursachten Krisenkosten gegenüberstehen. Der Gipfel bleibt dazu allerdings viel zu vage. Insbesondere fehlt eine klare Aussage zur finanziellen Beteiligung des Finanzsektors durch eine Transaktionssteuer. Hier muss die Bundesregierung ihren spät erfolgten Zusagen endlich auch Taten folgen lassen!

Es ist mittlerweile jedem klar, dass in einer Reihe von Staaten tiefgreifende Strukturreformen unumgänglich sind. Die bedrückende Arbeitslosigkeit insbesondere junger Menschen in Spanien, Griechenland, Italien oder Portugal jedoch ausschließlich auf Kosten historischer sozialer Errungenschaften zu bekämpfen, offenbart die konservative Handschrift der Beschlüsse. Mit den Forderungen nach Erhöhungen des Renteneintrittsalters, arbeitsrechtlichen Flexibilisierungen, Einschnitten in der Arbeitslosenunterstützung, Abschaffung von Mindestlöhnen im Dienstleistungsbereich und weiteren Deregulierungen wird eine Ursache der Krise - die weitgehende ökonomische Liberalisierung - zu deren Bekämpfung eingesetzt. Hier soll der Bock zum Gärtner gemacht werden. Sozialabbau ist die Antwort der Staats- und Regierungschefs auf strukturelle Probleme einzelner Länder. Vor allem vor diesem Hintergrund sind die Beschlüsse sehr kritisch zu bewerten.

Über diese konzeptionellen Schwächen der Beschlüsse hinaus, bestehen auch noch weitere Unklarheiten, die von der Regierung beseitigt werden müssen.

Dies betrifft insbesondere die Regelungen zur Hebelung der EFSF-Mittel, deren Erfolg im Wesentlichen davon abhängt, ob Marktteilnehmer, Finanzinvestoren und Ratingagenturen von der im Detail noch nicht feststehenden Konstruktion der Hebel überzeugt werden können. Die konkrete Umsetzung der vom Gipfel vereinbarten Maßnahmen soll im November von der Euro-Gruppe entschieden werden. Diesen Prozess werden wir genau beobachten, damit später nicht wieder die Steuerzahler die Zeche zu zahlen haben.

Ebenfalls im Einzelnen noch nicht ausgemacht ist die Beteiligung privater Gläubiger am Schuldenschnitt für Griechenland. Die Einhaltung der verkündeten Abschläge in Höhe von 50% muss sauber und transparent durchgeführt werden. Wir werden dafür sorgen, dass die Durchführung der politischen Beschlüsse konsequent und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger erfolgt.

Es muss Allen klar sein: Der Gipfel ist ein wichtiger Schritt, um weiteren Schaden von Europa abzuwenden. Die Ergebnisse sind jedoch noch nicht die endgültige Lösung, wie es mitunter kommuniziert wird. Der Weg zurück zu Stabilität sowie Wachstum und hin zu einer gerechten Lastenverteilung in ganz Europa wird weiterhin beschwerlich und komplex bleiben.

Ihr könnt Euch aber darauf verlassen, dass die SPD-Bundestagsfraktion weiter am Ball bleiben und daran mitwirken wird, dass die Eurokrise im Sinne der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger überwunden wird. Schaffung von gesundem Wirtschaftswachstum, die Verteidigung sozialer Errungenschaften und die Solidarität mit den Menschen in unseren europäischen Partnerländern sind dabei unser Kompass.

Entscheiden für Niedersachsen

In der letzten Ausgabe waren an dieser Stelle schon einige Wahllokale für die Urwahl am 27. November 2011 zu finden. Dies ist noch einmal eine genauere Auflistung mit Adressen der Wahllokale im Unterbezirk Helmstedt. Die Liste für Wolfsburg folgt im nächsten ABi.

Ihr könnt in der Zeit von 10 Uhr bis 16 Uhr hier abstimmen:

- **OV Büddenstedt:**
im DGH, Alte Schule, Finkenweg 1 in Büddenstedt-Reinsdorf
- **OV Heeseberg** wählt zusammen mit dem
- **OV Schöningen:**
Neuetor 23, SPD-Treffpunkt in Schöningen
- **OV Grasleben:**
Bei Familie Luckstein, Eichenweg 2 in Mariental-Horst
- **OV Helmstedt:**
SPD-Büro, Kleiner Wall 1 in Helmstedt
- **OV Nord-Elm :**
Alten Schule, Thymianstr. 1 in Süplingen
- **OV Königslutter:**
Seniorenbegegnungsstätte, Braunschweiger Str. 34 in Königslutter
- **OV Lehre:**
DGH über der Gaststätte "Zum Krug", Dorfstr. 7 in Lehre-Groß Brunsrode
- **OV Velpke:**
Sportheim Velpke, Stendaler Str. 4 in Velpke

Klare Linie in Sachen Kreislaufwirtschaft

In jeder Kommune fallen unterschiedliche Arten von Hausmüll an. Die Entsorgung von Restmüll verursacht in der Regel Kosten, die Verwertung von Wertstoffen ist hingegen gewinnbringend. Wenn die Entsorgung aller Arten von Hausmüll einzig in kommunaler Hand liegt, können die verschiedenen Sparten querfinanziert werden. Das führt in der Regel zu stabilen Gebühren für die Bürger.

Mit der jetzt beschlossenen Novelle der Bundesregierung in Sachen Abfallrecht wird es in Zukunft für private Anbieter möglich, so genanntes „Rosinenpicken“ zu betreiben und die Entsorgung lukrativer Abfallsorten zu übernehmen. Begründet wird die aktuelle Novellierung von Seiten der Regierung mit den Grundregeln des europäischen Wettbewerbsrecht. Diese Begründung lasse ich nicht gelten. Auf europäischer Ebene hat man längst erkannt, dass kommunale Dienstleistungen gegenüber dem reinen Wettbewerb aufgewertet werden müssen. Die Regierung ist hier nicht auf dem aktuellen Stand der europarechtlichen Entwicklung.

Dazu kommt, dass es heute eigentlich jedem klar sein sollte, dass die Kommunen entlastet und finanziell besser gestellt werden müssen. Gewerbliche Sammlungen von Müll und damit steigende Gebühren für die Bürger sind genau das Gegenteil. Das ist schlichtweg Politik gegen die Kommunen.

Wer Politik für die Kommunen machen will, kann die neue Regelung nicht unterstützen. Ich habe deshalb gegen sie gestimmt, damit Städte und Gemeinden in Sachen Abfallentsorgung handlungsfähig bleiben.

Termine:

- | | |
|--------------------------------|---|
| 14. –16. November 2011 | BPA-Fahrt der Landesgruppe Niedersachsen mit dem Kreissportbund nach Berlin |
| 15. November 2011 um 19.00 Uhr | Regionalkonferenz mit Stephan Weil und Olaf Lies
Stadthalle Braunschweig |